

Für acht Millionen Arbeitssuchende konnte dem Ministerium zufolge in diesem Jahr ein Arbeitsplatz bereitgestellt werden. In den neu errichteten 2.400 Ausbildungszentren werden derzeit 1,1 Mio. Personen weiterqualifiziert. (XNA, 11.12.u. 21.12.93)

Die offizielle städtische Arbeitslosenquote - die ländlichen Gebiete werden nicht erfaßt - spiegelt jedoch die derzeitigen Beschäftigungsprobleme nur unzureichend wider. Ausgehend von einer hohen Unterbeschäftigung gehen Schätzungen von einer Zahl in Höhe von 13 Mio. Arbeitskräften aus, die keinen vollwertigen Arbeitsplatz haben (siehe hierzu Übersicht "Belastungen für Chinas Arbeiterschaft und die Rolle der Gewerkschaften").

Maßnahmen des Arbeitsministeriums für das kommende Jahr sehen eine wirkungsvolle Kontrolle der ländlichen Arbeitsmigration und eine Verbesserung der Beschäftigungssituation in bestimmten Industriezweigen vor. Auch sollen strengere Auflagen an die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte gebunden werden.

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze soll durch besondere Anreize zur Gründung von kollektiven, privaten und Auslandsunternehmen gefördert werden, insbesondere im Dienstleistungssektor, in arbeitsintensiven Bereichen sowie in kleinen und mittleren Betrieben. Auch ein weiterer Ausbau der Dienstleistungen für einen funktionierenden Arbeitsmarkt ist geplant. Gleichzeitig soll die Arbeitslosenversicherung ausgeweitet werden, um die materielle Absicherung der Arbeitslosen zu garantieren. (Xinhua News Agency, in English, 10.12.93, in SWB, 13.12.93) -schü-

* (31)

Shanghai will weiteren Zustrom ländlicher Arbeitskräfte verhindern

Die Shanghaier Regierung wird noch vor Beginn des chinesischen Frühlingsfestes am 10.2.94 neue Bestimmungen erlassen, die den Zustrom ländlicher Arbeitskräfte in die Stadt regulieren sollen. Die Bestimmungen sehen vor, daß bei einer Einstellung von ländlichen Arbeitskräften die Genehmigung beim zuständigen Arbeitsamt der Stadt- bzw. der Distriktregierung beantragt werden muß. Generell besteht die Auflage, daß zunächst Arbeitskräf-

te mit Wohnsitz in Shanghai gegenüber solchen aus anderen Regionen einzustellen sind. Unternehmen, die Arbeitskräfte beschäftigen wollen, müssen Vermittlungsverträge mit den Arbeitsämtern abschließen, können also nicht mehr selbständig die Einstellung durchführen. Außerdem müssen Unternehmen nachweisen, daß sie den Arbeitskräften von außerhalb entsprechende Wohn- und Sicherheitsbedingungen bieten können.

Shanghai hat im Reformverlauf eine starke Zuwanderung von ländlichen Arbeitskräften erlebt. Nach offiziellen Angaben sollen rd. 2,5 Mio. Wanderarbeiter aus den ländlichen Gebieten in Shanghai leben, von denen 1,5 Mio. eine Beschäftigung in der Industrie und im Baugewerbe gefunden hätten. (CD, 24.12.93) Obwohl Chen Zhengxing von der Shanghaier Stadtregierung positiv hervorhebt, daß alle größeren Bauprojekte mit dem Einsatz ländlicher Arbeitskräfte realisiert wurden, könne doch keine Stadt dem Druck eines unbegrenzten Zustroms von arbeitssuchenden Bauern standhalten. Da die ländlichen Arbeitskräfte vor allem aus der Provinz Anhui sowie aus den Provinzen Henan, Jiangxi, Zhejiang und Sichuan rekrutieren, versucht die Shanghaier Regierung nunmehr in Abstimmung mit diesen Regionen, Maßnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung durchzusetzen. (Xinhua News Agency, in English, 16.12.93, in SWB 18.12.93)

Auch die Provinz Guangdong weist eine hohe Zahl von ländlichen Wanderarbeitern auf, die bereits die 10-Millionen-Grenze überschritten haben soll. Offiziellen Angaben zufolge haben sieben Millionen Menschen aus anderen Regionen in Guangdong eine Genehmigung für einen zeitlich befristeten Aufenthalt in Guangdong erhalten, während sich drei Millionen Arbeitskräfte als Saisonarbeiter in den ländlichen und städtischen Regionen der Provinz befinden. Obwohl die ländlichen Arbeitskräfte bei der raschen Wirtschaftsentwicklung eine wichtige Funktion erfüllt haben, gibt es auch deutliche Schattenseiten. So sollen im Durchschnitt über 50% der aufgegriffenen Straftäter von außerhalb Guangdongs kommen, in den wirtschaftlichen Boomgebieten sogar 70-80%. Auch in Guangdong muß zukünftig die Zustimmung der Arbeitsämter für die Einstellung ländlicher Arbeitskräfte von außerhalb der Provinz von den Unter-

nehmen eingeholt werden. (Zhongguo Tongxun She News Agency, Hongkong, in Chinese, 17.12.9, in SWB, 17.12.93)

Die *Renmin Ribao* berichtet am 18.12.93 von einem dreijährigen Programm des Arbeitsministeriums, durch das der Zustrom der ländlichen Arbeitskräfte in die Städte gebremst soll. Das "Meer der ländlichen Arbeitskräfte" (Nonggonghu) soll dem Programm zufolge im Rahmen rechtlicher Bestimmungen bei der Arbeitssuche koordiniert und organisiert werden. Die Städte sollen ihrerseits Regeln ausarbeiten und Maßnahmen durchführen; vor allem gegen den starken Zustrom ländlicher Arbeitskräfte vor und nach dem Frühlingsfest müßten wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen werden. -schü-

Taiwan

* (32)

Neuer Meilenstein in den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße - Zum ersten Mal halbamtliche "chinesisch-chinesische" Gespräche in Taiwan

Vom 18.-22. Dezember fanden zum ersten Mal seit der militärischen und politischen Trennung zwischen dem chinesischen Festland und der Insel Taiwan 1949 halbamtliche Gespräche beider Seiten in Taiwan statt. Formell gibt es immer noch keine offiziellen und direkten Verbindungen zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße. Zwar sprechen Beijing und Taipei von einer friedlichen Einigung Chinas, aber ihre Standpunkte liegen weit auseinander. Während Taipei Verhandlungen auf der Basis von zwei gleichberechtigten politischen Gebilden eines chinesischen Staates verlangt, sieht Beijing Taipei lediglich als eine lokale Regierung an und beharrt auf Verhandlungen zwischen der KPCh und der KMT (Kuomintang), also den beiden Regierungsparteien.

Zunächst wurde das Rote Kreuz beider Seiten von ihren Regierungen beauftragt, die humanitären Fragen im Zusammenhang mit den seit 1987 zunehmenden "indirekten" Zivilkontakten über einen Dritttort (hauptsächlich

Hongkong) zu lösen. Am 13. September 1990 unterzeichneten die Rote-Kreuz-Organisationen beider Seiten eine Vereinbarung über die gegenseitige Abschiebung von illegalen Einwanderern und Straftätern. 1991 wurden nacheinander die Straits Exchange Foundation (SEF) von Taiwan und die Association for Relations Across the Taiwan Strait (ARATS) vom Festland gegründet. Es sind zwar juristisch "private" Organisationen, sie werden aber von ihrer jeweiligen Regierung finanziert und sind beauftragt, die praktischen Angelegenheiten bezüglich der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zu behandeln. Ende April 1993 führten der SEF-Vorsitzende Gu Zhenfu (Koo Chen-fu) und der ARATS-Vorsitzende Wang Daohan erste Topgespräche in Singapur und unterzeichneten vier Dokumente. Neben zwei konkreten Vereinbarungen über die gegenseitige Nachprüfung von notariell beglaubigten Urkunden und über die Nachforschung nach Posteinschreibsendungen und Kompensationen zwischen beiden Seiten kamen sie überein, den regelmäßigen Kontakt beider Organisationen zu instituieren und weitere Verhandlungsthemen ins Auge zu fassen, d.h. gegenseitige Repatriierung illegaler Einwanderer, gemeinsame Bekämpfung des Schmuggels auf dem Meer und anderer Kriminalität, Beilegung von Fischfangstreitigkeiten sowie Wirtschaftszusammenarbeit und Kulturaustausch. (C.a., 1993/4, Ü 37)

Bei weiteren Arbeitsgesprächen Ende August und Anfang November 1993 in Beijing bzw. Xiamen konnten die Unterhändler beider Organisationen wegen der unterschiedlichen politischen Standpunkte ihrer Regierungen wieder keinen Fortschritt erzielen. Vor allem in den Fragen der Repatriierung illegaler Einwanderer und Straftäter und der Beilegung von Fischfangstreitigkeiten will Beijing die Gerichtsbarkeit Taiwans nicht anerkennen. Angesichts des dramatischen Anstiegs von Flugzeugentführungen vom chinesischen Festland nach Taiwan (zehnmal 1993) zeigten beide Seiten großes Interesse daran, dieser Entwicklung ein Ende zu setzen. Taiwan bekundete seine Bereitschaft, in Zukunft die Flugzeugentführer nach China zurückzuschicken. Beijing deutete seinerseits an, die Gerichtsbarkeit Taiwans gewissermaßen anzuerkennen. Doch bei den jüngsten Verhandlungen in Taipei behauptete

der ARATS-Vertreter, Sun Yafu, daß Flugzeugentführungen ein innerstaatliches Problem seien, das nicht nach Taiwans Wunsch gemäß internationalen Übereinkommen behandelt werden könne. Außerdem lehnte er den Vorschlag der SEF ab, die Aushändigung von Flugzeugentführern zusammen mit der von anderen Straftätern zu verhandeln. Bei der Repatriierung illegaler Einwanderer verlangte die ARATS die Entsendung von Beamten Beijings nach Taiwan zur vorherigen Identitätsprüfung der Betroffenen. Der Warenaustausch zwischen den Fischern in der Taiwan-Straße, den Taiwan für Schmuggel hält, wird von Beijing als mengenmäßig kleiner legaler Handel angesehen.

So haben beide Seiten, abgesehen vom Thema der gegenseitigen Einreisevereinfachung für die Unterhändler der SEF und ARATS, auch bei den Verhandlungen in Taipei nach fünf Tage langer Wortklauberei keine gemeinsame Sprache für die Lösung der substantiellen Fragen finden können.

Trotz des ergebnislosen Ablaufs der Verhandlungen spricht man jedoch von einem Fortschritt in der Entwicklung der Beziehungen. Allein die Ankunft der ersten halbamtlichen Delegation aus dem chinesischen Festland in Taiwan galt schon als historischer Meilenstein. Die nächste Verhandlungsrunde von SEF und ARATS wird voraussichtlich Ende Januar 1994 in Beijing stattfinden. (LHB, CP und ZYRB, 18-23.12.93; FCJ und ZZ, 24.12.93) -ni-

*(33)

Wirtschaftliche "Südpolitik"

Das Wirtschaftsministerium hat eine "Südpolitik" zur Förderung der Investitionen taiwanesischer Unternehmen in Südostasien ausgearbeitet. Diese Politik zielt vor allem darauf, eine Konzentration taiwanesischer Investitionen auf dem chinesischen Festland und damit auch eine starke wirtschaftliche Abhängigkeit von Beijing zu vermeiden. Dazu hofft man, die politischen Beziehungen Taiwans mit den südostasiatischen Staaten durch intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verbessern. Taiwan befürchtet auch, daß Hongkong nach der Rückkehr nach China 1997 seine Rolle als Pufferzone für die "indirekte" Verbindung beider Seiten der Taiwan-Straße verlieren

wird. Südostasien könnte da als Ersatz dienen. (LHB, 24.11.93; ZYRB, 26.11.93; *Taiwan aktuell*, München, 8.12.93)

Bis Ende Juni 1993 beliefen sich Taiwans Investitionen in Südostasien kumulativ auf insgesamt 15.353 Mio.US\$, davon entfielen 4.308 Mio.US\$ auf Thailand (4. Stelle unter allen ausländischen Investoren), 5.624 Mio.US\$ auf Malaysia (2. Stelle), 439 Mio.US\$ auf die Philippinen (5. Stelle), 3.976 Mio.US\$ auf Indonesien (3. Stelle), 90 Mio.US\$ auf Singapur (13. Stelle) und 1.381 Mio.US\$ auf Vietnam (1. Stelle). (*Jinji Ribao*, Taipei, 10.11.93) -ni-

*(34)

Altstaatspräsident Yan gestorben

Der Altstaatspräsident Yan Jiagan (Yen Chia-kan) ist am 24. Dezember im Alter von 88 Jahren (nach chinesischer Berechnung 90) an Herzversagen gestorben. Er wurde am 23. Oktober 1905 in der ostchinesischen Provinz Jiangsu geboren. In den 50er und 60er Jahren hatte er als Finanz- und Wirtschaftsminister, als Gouverneur der Provinz Taiwan und Ministerpräsident der Zentralregierung zum Wirtschaftsaufbau in Taiwan maßgeblich beigetragen. Von 1966 bis 1975 war er Vizestaatspräsident. Nach dem Tod von Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) wurde er Staatspräsident und blieb in diesem Amt bis Mitte 1978. Yan war eher ein Technokrat als ein großer Politiker. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Jiang Jieshi oder seinem Nachfolger Jiang Jinguo (Chiang Ching-kuo) oder dem jetzigen Präsidenten Li Denghui (Lee Teng-hui) hatte Yan nur eine nominelle Funktion als Staatsoberhaupt ausgeübt - die politische Macht lag damals in der Hand von Ministerpräsident Jiang Jinguo. Er war auch nicht gleichzeitig der Vorsitzende der Regierungspartei Kuomintang. Seit 1986 lag er im Krankenhaus. (LHB, 25.12.93; ZYRB, 26.12.93) -ni-

*(35)

Nobelpreisträger Li Yuanzhe zum Präsidenten der Academia Sinica ernannt

Am 17. Dezember wurde Li Yuanzhe (Lee Yuan-tseh) durch Staatspräsident Li Denghui (Lee Teng-hui) zum Präsidenten der Academia Sinica ernannt.

Das Beratungskomitee der Academia Sinica hatte am 11. Dezember drei Kandidaten für die Entscheidung des Staatspräsidenten gewählt, wobei Li Yuanzhe die überzeugende Mehrheit von 45 der 49 abgegebenen Stimmen vor den beiden anderen Kandidaten Qian Xu (Chien Shu) und Yu Yingshi (Yu Ying-shih) mit 26 bzw. 25 Stimmen bekam (jeder Wahlberechtigte hat drei Stimmen). (LHB, 12. und 18.12.93; ZYRB, 13. und 19.12.93)

Die Academia Sinica, die unmittelbar dem Amt des Staatspräsidenten untersteht, ist das höchste wissenschaftliche Organ der Republik China. Li Yuanzhe ist der siebte und bislang jüngste Präsident des Instituts. Er wurde 1936 in Taiwan geboren. Nach seinem Studium der Chemie in Taiwan ging er in die USA und promovierte 1965 an der Universität von Kalifornien in Berkeley. 1986 erhielt er den Nobelpreis für Chemie. Wie die meisten Mitglieder der Academia Sinica besitzt er eine Doppelstaatsangehörigkeit. Nach seiner Ernennung zum Präsidenten wird er nach eigenen Worten neben seinem Lehrstuhl in Berkeley auch die US-Nationalität aufgeben.

Der amtierende Präsident der Academia Sinica, Wu Dayou (Wu Ta-you, 86), ein bekannter Physiker, wird im Januar 1994 aus Gesundheitsgründen zurücktreten. Er ist der erste Chef des Instituts, der aus dem Amt zurücktritt. Alle seine Vorgänger sind im Amt gestorben. -ni-

Hongkong und Macau

*(36)

Abbruch der sino-britischen Verhandlungen über Hongkongs Wahlreform?

Die seit April 1993 begonnenen sino-britischen Verhandlungen über die letzten Wahlen der parlamentarischen Organe Hongkongs vor der Übergabe der Kronkolonie an China scheinen jetzt endgültig gescheitert zu sein. Wie berichtet (C.a., Nov. 1993, Ü 31), haben beide Seiten nach dem Ablauf der 17. Verhandlungsrunde Ende November 1993 nicht wie gewöhnlich einen Termin für die nächste Runde vereinbart. Auf der britischen Seite hat der Gouverneur von Hongkong, Chris Pat-

ten, Beijing zwar wiederholt zur Aufnahme weiterer Verhandlungen aufgefordert, andererseits aber trotz Warnungen der chinesischen Seite am 15. Dezember dem Legislativrat von Hongkong einen Teil seines Reformplans zur Debatte vorgelegt. Die Hongkonger Regierung erwartet, daß noch Ende Februar 1994 ein neues Wahlgesetz vom Legislativrat verabschiedet wird. (AWSJ, 24./25.12.93)

Bei dem von Patten vorgelegten Gesetzentwurf handelt es sich hauptsächlich um die Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre und das Wahlmodell von "einer Stimme pro Wahlberechtigten und einem Sitz pro Wahlbezirk". Dies hatte die chinesische Seite nach eigenen Angaben in den Verhandlungen auch akzeptieren wollen, aber zunächst nur für die kommunalen Wahlen 1994. Unter dem Motto "erst das einfache Problem lösen, dann das komplizierte" (xianyi hounan) sollte über die Frage der Wahlen 1995 zum Legislativrat als dem höchsten Parlamentsorgan Hongkongs erst später verhandelt werden. Doch Patten fühlt sich unter zeitlichen Druck. Um die chinesische Seite zu raschen Verhandlungen zu zwingen, versucht er, zuerst den Teil, der für die Chinesen akzeptabel scheint, zum Gesetz zu machen.

Die chinesische Seite warf Patten vor, mit seinem Alleingang die sino-britischen Verhandlungen zu blockieren. Das Außenministerium in Beijing erklärte am 16. Dezember, es werde kein Wahlgesetz akzeptieren, das einseitig vom Hongkonger Legislativrat verabschiedet wird. (XNA, 17.12.93; DGB, 18.12.93) Am 27. Dezember sagte der Sprecher des dem Staatsrat unterstehenden Büros für die Angelegenheiten Hongkongs und Macaus weiterhin, China werde nach der Wende 1997 Hongkongs Parlamentsorgane auf allen drei Ebenen auflösen und dann gemäß dem Beschluß des chinesischen Nationalen Volkskongresses neu zusammensetzen. (DGB, 29.12.93) -ni-

*(37)

Das Vertrauen der Bevölkerung Hongkongs in die Zukunft gestiegen

Einer von dem demoskopischen Institut "The Hong Kong Polling and Business Research" (PBR) im Auftrag der *Sunday Morning Post*, die zur SCMP gehört, vom 21. bis 23. Dezember

durchgeführten telefonischen Meinungsumfrage zufolge glauben 27% der Hongkonger an ein besseres Jahr 1994 und 21% an ein schlechteres. Vor einem Jahr lag bei einer gleichen Untersuchung der Optimismus für 1993 bei 19% und der Pessimismus bei 43%. Dies weise darauf hin, so PBR-Direktor Citi Hung Ching-tin, daß der sino-britische Streit nicht mehr so großen Einfluß auf das Alltagsleben in Hongkong ausübe.

29% der Befragten glauben an eine Verbesserung ihrer persönlichen Finanzlage im neuen Jahr, 24% an eine Verschlechterung und 41% an keine Veränderung. 16% wollen einen ausländischen Paß erwerben, 14% den Job wechseln und 12% eine Wohnung kaufen. Dem Anspruch der von Beijing eingesetzten Arbeitsgruppe zur Gründung eines Vorbereitungskomitees zur Übernahme der britischen Kolonie, zum Besten und im Interesse Hongkongs zu arbeiten, schenken 41% Glauben, 21% keinen Glauben und 38% haben keine Meinung.

Das Vertrauen in die Zukunft Hongkongs spiegelt sich auch wider in der sinkenden "brain drain"-Tendenz. In den zwölf Monaten Juli 1992 - Juni 1993 sind nach einer Ermittlung des "Institute of Personnel Management" (IPM) 132 Topmanager ausgewandert und 63 wieder zurückgekehrt. Die Rückkehrquote dieser Gruppe lag mit 47,7% weit höher als 1992 und 1991 mit 28,1% bzw. 19,6%, die Quote bei Angestellten in technischen Berufen und in der Dienstleistungsbranche betrug 43,6% bzw. 28,8%. Die zunehmende Rückeinwanderung sei - so heißt es - vor allem auf die gute Wirtschaftsentwicklung Hongkongs zurückzuführen. (SCMP, 24.12.93)

Etwas skeptischer beurteilen die in Hongkong ansässigen ausländischen Firmen die Lage. Nach einer Regierungsuntersuchung meinen 60,3% von ihnen, daß das politische Klima in Hongkong im Jahr 1993 durch den sino-britischen Streit über die Demokratisierung beeinträchtigt worden sei; nur 5% vertreten die Meinung, die politische Lage hätte sich verbessert. Aber dies habe die Investitionen aus dem Ausland nicht negativ beeinflusst. Seit der vorletzten Untersuchung ist der Regierungsangabe zufolge die Zahl der Niederlassungen ausländischer Firmen um 9% auf 1.468 gestiegen. (IHI, 31.12.93, 1./2.1.94) -ni-